

## Pressemitteilung

Demonstration am 10. September 2011 in Karlsruhe

**„Für die Opfer und die Wahrheit!“ – Unter diesem Motto findet am Samstag den 10. September 2011 in Karlsruhe eine Demonstration für die Wahrheit über die Anschläge vom 11. September 2001 statt.**

**Dabei möchten wir den 3.000 Opfern der Anschläge gedenken und uns der überwiegenden Mehrheit der betroffenen Angehörigen anschließen, die eine neue und unabhängige Untersuchung der Ereignisse fordern. Anlass dazu geben u.a. neueste wissenschaftliche Erkenntnisse wie der Nachweis von Nanothermit im Staub vom Ground Zero. Außerdem fordern wir einen sofortigen Stopp der illegalen Angriffskriege in Afghanistan und im Irak sowie den umgehenden Rückzug der deutschen Soldaten aus allen Kriegsgebieten. Ebenfalls möchten wir gegen die umfassenden Überwachungsmaßnahmen nach 9/11 protestieren.**

### *Warum eine neue, unabhängige Untersuchung?*

Seit Jahren werden immer größere Zweifel an der offiziellen Version der US-Regierung über die Ereignisse vom 11. September 2001 laut. Nicht nur die überwiegende Mehrheit der Opferangehörigen hat sich zusammengeschlossen, um neue, unabhängige Untersuchungen zu fordern. Auch mittlerweile ca. 1.500 Architekten und Ingenieure haben mit ihrem Namen dafür unterschrieben, dass sie die offizielle Version der Terroranschläge stark anzweifeln und neue Untersuchungen fordern. Bis heute hat es keine unabhängige Untersuchung der Ereignisse gegeben, da die 9/11-Commission alle Untersuchungsergebnisse vorher mit der US-Regierung abgesprochen hatte und somit die Ergebnisse nicht neutral waren.

### *Warum illegale Angriffskriege in Afghanistan und im Irak?*

Laut Grundgesetz Artikel 26 Absatz 1 ist es Deutschland untersagt, einen Angriffskrieg zu führen:

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Da weder der Irak, noch Afghanistan der Bundesrepublik Deutschland offiziell den Krieg erklärt oder kriegerische Handlungen gegen die BRD durchgeführt hat, sind beide Kriegseinsätze der Bundeswehr grundgesetzwidrig und damit illegal.

Der US-Regierung wird außerdem vorgeworfen, dass bei den Kriegseinsätzen nicht die Friedens-, sondern die Rohstoffsicherung vorrangig war.

### *Warum eine Rückstufung der Überwachungsmaßnahmen?*

Sämtliche Überwachungsmaßnahmen, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 durchgesetzt wurden (Nacktscanner, Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung, RFID in Pässen, ...), hatten nicht zum Ziel, Terroranschläge zu verhindern. Sie sollten vielmehr unter dem Vorwand der Terrorprävention durchgesetzt werden, um das Überwachungsnetz, in dem sich die Bürger befinden, weiter auszubauen. Diese Überwachung schränkt die Freiheit der Bürger massiv ein und verletzt somit die Grundrechte des Menschen.

Die Veranstalter gehören keiner Partei an und verfolgen keinerlei finanzielle Interessen.

Vielmehr handelt es sich um Menschen, die aus Überzeugung für Freiheit und Frieden eintreten.